

TRANSITIONSBEWEGUNG In Berlin-Friedrichshain und anderswo wollen Menschen ihre Kommune aufs postfossile Zeitalter vorbereiten

Weg von der Droge Öl

BERLIN taz | Berlin-Friedrichshain, Kreuzzigerstraße: ein bunt bemaltes, ehemals besetztes Haus. In der Nähe tobt der Autoverkehr über die Frankfurter Allee. Und hier, in diesem kleinen Laden, soll eine weltumspannende Bewegung zu Hause sein? Genauer: das Transition Town Movement, das Kommunen auf die postfossile Zeit vorbereitet?

Der strubbelige Jan Fischer, den alle nur „Kipper“ nennen, greift sich aus dem Dunkeln und beginnt zu erklären. Überall stehen Bücher, in denen es unter anderem um den Peak Oil geht, den Höhepunkt der Ölförderung, der womöglich bereits überschritten ist.

Was würde passieren, wenn es kein Öl mehr gäbe? Wie können wir unsere Kommune auf diesen Zeitpunkt vorbereiten? Diese

sind die Transitionsbewegten in verschiedenen lokalen Gruppierungen aktiv, kämpfen für einen neuen Park oder organisieren Stadtfeste.

Beginn in Irland

Auch der Ire Rob Hopkins, der die Energiewendebewegung gegründet hat, war ein Permakulturalist, erzählt Kipper. Seine erste Initiative begann er im irischen Kinsale, eine zweite Ende 2005 im südenglischen Totnes. „Can you imagine this community without oil?“ fragte er und versuchte den „lokalen Genius“ der 8.000 Einwohner mit Veranstaltungen und Workshops zu mobilisieren. Das gelang. Supermärkte und Cafés bieten inzwischen eine Vielzahl regionaler Produkte an. Im September 2007 erklärte die Bürgermeisterin Totnes offiziell zur „Energiewendestadt“, sogar eine lokale Währung wurde eingeführt.

Vordenker Rob Hopkins kommt es darauf an, Kommunen gegen den kommenden Ölpreisschock resilient zu machen, sinngemäß übersetzt: „elastisch krisenfest“. Öl sei ein Suchtmittel der heutigen Gesellschaft und führe zu „postfossilen Belastungsstörungen“. Emotionalen Abwehrreaktionen zum Beispiel auf die Forderung, das Autofahren zu reduzieren. Visionen für das Leben nach dem Öl aber wirkten wie eine „prätraumatische Therapie“: Neue Lebensmöglichkeiten zu entdecken mache Spaß, so Hopkins.

In Friedrichshain pflegt Kipper eine spezielle Therapieform: Nord-Süd-Partnerschaften – die Verbindung zu Kommunen in südlichen Ländern. Natürlich gibt es dafür auch einen Verein: „Soned“ – ausgeschrieben „Southern Networks for Environment and Development“. Friedrichshain steht in Kontakt mit Mitstreitern in Kenia, Nigeria und Burkina Faso. Und an einem der kommenden Abende im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Energiewende-Initiative will er thematisieren, ob man die seit vielen Jahren bestehende Städtepartnerschaft zwischen Kreuzberg-Friedrichshain und St. Rafael del Sur in Nicaragua mit Transitionsideen bereichern könnte.

Und wenn das alles nicht reicht, um die Klimakatastrophe aufzuhalten? Totnes antwortet mit schwarzem Humor und bietet Bestellungen in Särgen aus Recyclingpappe an. **UTE SCHEUB**

www.transitiontowns.org, http://soned.de

Ölsucht führt zu „postfossilen Belastungsstörungen“

Frage, erklärt Kipper, stand am Anfang jener Bewegung, die inzwischen weltweit rund 250 Energiewende-Gemeinden umfasst. Die meisten davon gibt es in Großbritannien, aber auch in Australien, Neuseeland, Japan, USA, Kanada, Chile, Finnland, Italien, Österreich und den Niederlanden haben sich Kommunen angeschlossen. In Deutschland sind es Berlin-Friedrichshain und Bielefeld.

Garten mit Sonnenfalle

Kipper hat früher in einem Stasi-knast gegessen, nach der Wende reiste er durch Afrika und ließ sich zum Permakulturdieser ausbilden. Perma... was? „Permakultur“, erklärt er geduldig, stehe für permanente Agrarkultur – verkürzt gesagt, sei das Ökonomie plus vernetzter Lebensräume. Ein Waldrandgarten mit „Sonnenfalle“ etwa, in der sich ein warmes Mikroklima bilden kann. Auch hier in Friedrichshain? „Na ja, nicht ganz.“

Hinter dem Laden öffnet sich einladend ein wilder Garten, mit Tischen unter Bäumen, Spiegelreflexen, drehbarer Komposttrommel. Im Hauskeller der „Selbstverwalteten Ostberliner Genossenschaft“ summt ein hocheffizientes Miniblockheizkraftwerk, das Wärme und Strom aus Gas herstellt. Wasserspeicher sammeln Regenwasser für die Waschmaschinen, auf dem Dach arbeiten Solaranlagen. Zudem



Gekettet an Konsum- und Wachstumszwang? Das muss nicht sein: Streetart von BLU in Berlin-Kreuzberg Foto: Mona Filz

EHRENAMT Das Konzept der Münchner Zeitbank könnte die unentgeltliche soziale Arbeit in Deutschland revolutionieren

Minuten statt Moneten

AUS MÜNCHEN
BERNHARD HÜBNER

Unscheinbarer könnte eine so revolutionäre Idee kaum daherkommen. Joyce Mayer – blaues Kleid, weißes Haar – hält in ihrer Hand ein Falblatt mit vier kleinen grauen Säulen darauf. Das sind die Stützen der Altersvorsorge: „Gesetzliche Rente“, „betriebliche Rente“, „private Rente“. Auf die Säule ganz rechts ist eine putzige Sanduhr gemalt. „Zeitspar-Rente“. „Unser Ziel ist eine zusätzliche Pflegeversicherung für Ehrenamtliche in ganz Deutschland“, sagt Mayer.

Das ist die Vision, mit der der Münchner Verein Zeitbank die soziale Arbeit auf neue Füße stellen will. Doch von dem Sanduhrbildchen auf einem Falblatt zum neuen Ehrenamt ist es ein schwieriger und weiter Weg.

2006 hat Joyce Mayer mit acht Mitstreitern den Verein Zeitbank gegründet. Die Idee: Bürger bekommen für ehrenamtliche Arbeit auf einem Konto Stunden gutgeschrieben. Die können sie ansparen und später gegen die Hilfe anderer Ehrenamtlicher eintauschen. Die Zeitbank ist keine einfache Nachbarschaftshilfe, kein locker organisierter Tauschring. Sie führt über die geleisteten und abgerufenen Arbeitsstunden ihrer Mitglieder mithilfe eines Onlinesystems so akkurat und transparent Buch wie eine Sparkasse. Sie verspricht eine absolut krisenfeste Form der Absicherung fürs Alter, so sicher wie ein Sparbuch. In Japan gibt es seit über zehn Jahren ein ähnliches, gut funktionierendes System.

Die Bürgerstiftung Zukunftsfähiges München war sofort begeistert und verlieh der Zeitbank in ihrem Ideenwettbewerb den ersten Preis. Drei Jahre später sitzt Zeitbank-Gründungsmitglied Mayer in einem kleinen Büro in München-Schwabing, direkt unter der Dachschräge und meint: „Immer wieder gibt es ein neues Hindernis. Das nervt. Der große Erfolg bleibt aus.“ Mayer hält Vorträge an der Volkshoch-

schule, um die Münchner für das Zeitbank-Konzept zu begeistern. Sie spricht mit den Vertretern sozialer Einrichtungen, sucht den Kontakt zu Politikern. Doch die Bürger sind noch zögerlich. Die sozialen Einrichtungen wollen nicht kooperieren. Die Politiker schweigen. So hat die Zeitbank drei Jahre nach ihrer Gründung zwar eine perfekt funktionierende Software zur Verwaltung der Zeitkonten und eine juristisch wasserdichte Satzung, aber kaum Aktive. Knapp 50 Münchner sind bislang Mitglied. Damit

Das Ziel ist eine zusätzliche Pflegeversicherung für Ehrenamtliche

GUTE IDEE

ReUse-Computer

Noch nie wurden in Deutschland so viele Computer verkauft wie im vergangenen Jahr: über 13 Millionen Stück. Die meisten, die dafür ausgemustert werden, sind keineswegs Schrott; Fachleute könnten sie schnell wieder voll einsatzfähig machen. Doch die Hersteller haben daran aus ökonomischen Gründen kein Interesse. Also landen die meisten auf irgendeiner Abfallhalde.

Der Verein ReUse-Computer, der vor einigen Jahren an der TU Berlin gegründet wurde, stellt sich gegen diesen Trend. Denn für die Herstellung eines PCs werden nicht nur sehr viele, zum Teil seltene Rohstoffe benötigt, sondern es fallen auch 100 Kilogramm klimaschädliches Kohlendioxid an – Bildschirm und Tastatur noch nicht mitgerechnet. Hinzu kommen 12 Kilogramm CO₂ für Transporte der Komponenten quer über den Globus und zurück,

das System wirklich funktioniert, brauchte es rund 1.000.

Wenige Meter von Mayers Büro entfernt steht die pompöse Zentrale der Versicherung Münchner Rück, auf den Gehwegen spazieren Männer in teuren Anzügen. München sieht an diesem Nachmittag nicht aus wie ein Ort, an dem Menschen verarmen könnten. Die Zahlen sagen etwas anderes. Laut einer erst vor wenigen Tagen erschienenen Studie des Hamburger Sozialberatungsunternehmens

Con Sens bekamen Münchner Rentner 2008 monatlich im Schnitt nur 876 Euro ausgezahlt – weniger als die Rentner in Leipzig, in Düsseldorf oder Frankfurt. Und das bei konkurrenzlos hohen Lebenshaltungskosten.

Viele Alte können schon jetzt ihre Pflege nicht mehr bezahlen

und brauchen Unterstützung aus der Sozialhilfe. Eigentlich ist das reiche München der ideale Ort für die Zeitbank. „Jetzt müssten die Menschen doch langsam verstehen, dass eine Wirtschaftskrise verheerende Folgen für sie selbst haben kann“, sagt Mayer. „Doch das haben die Menschen noch nicht realisiert.“ Mayer spricht distinktiertes Deutsch mit amerikanischem Akzent. Sie hat promoviert und jahrelang in Verlagen gearbeitet. Jetzt, als Rentnerin, will sie die soziale Arbeit revolutionieren. Wenn sie darüber redet, klingt sie nicht wie eine naive Idealistin, sondern eher wie eine pragmatische Managerin. Im Trägerverein der Zeitbank gibt es zwei Juristen und zwei Betriebswirte. Mayer nennt den Trägerverein „Kompetenzteam“. „Wir brauchen auch noch mehr das, McKinsey recruiting nennt“, sagt sie. Sie meint damit, dass das Angebot der Ehrenamtlichen in der Zeitbank besser auf die Nachfrage abgestimmt werden müsse.

„Wir wollen eine andere Art von Ehrenamt als im 20. Jahrhundert“, erklärt Mayer. Bisher hätten es sich nur ganz wenige Menschen leisten können, unbezahlt sozial zu arbeiten. Die Möglichkeit, die Arbeitsstunden mit der Zeitbank anzusparen, soll das Ehrenamt für mehr soziale Gruppen öffnen.

Es gehe nicht darum, ein paralleles Geldsystem zu schaffen, sagt Mayer. Man wolle hilfsbereite Bürger und soziale Einrichtungen besser vernetzen. Mayer erzählt, dass man Münchner Schulen mit freiwilliger Arbeit renovieren könnte, von einer professionellen Bedarfsanalyse im Stadtteil Giesing, die gezeigt habe, wie viel ehrenamtliche Helfer tun könnten. Man habe daraufhin soziale Einrichtungen angeschrieben. Eine Antwort sei nicht gekommen.

„Wir sind ein soziales Experiment“, sagt Mayer. Es ist alles aufgebaut für den Versuch Zeitbank. Es braucht nur noch Bürger, die mitmachen. **www.zeitbank.net**

tazshop

©TOM-Wandkalender

52 Blätter im Format 21 x 24 cm, Spiralbindung. Auch für 2010 bieten wir wieder für jede Woche ein neues Witzbildchen von ©TOM.

€ 995

→ 10% Rabatt für taz-AbonnentInnen & taz-GenossInnen

tazshop Rudi-Dutsche-Straße 23 | 10969 Berlin T (030) 25 90 21 38 | F (030) 25 90 25 38 tazshop@taz.de | www.taz.de

AUS PARIS
RUUDOLF BALMER

„Ich konsumiere, also bin ich, hallelujah!“ Kein Ort könnte besser gewählt sein für die Provokation als der vor einem großen Kaufhaus, wo sich die Passanten eilig vorbeidrängen. Einige verfolgen zuerst verblüfft, dann amüsiert das Straßenspektakel einer kleinen Gruppe. „Lasset uns beten für das Wachstum der Wirtschaft: Heilig ist der Konsum, heilig das Geld, heilig ist die Werbung ...“, so predigt voll Ironie einer der Aktivistinnen. Mit ihrem Happening vor dem Shoppingtempel gelingt es den „Wachstumsverweigerern“, eine Diskussion über den Sinn und die Konsequenzen des scheinbaren Glücks durch Konsum in Gang zu bringen. Einige Zuschauer geben den Einwänden recht und äußern sich skeptisch zu der gängigen Idee, dass nur Wirtschaftswachstum und grenzenloser Warenverbrauch glücklich machen. Andere wenden sich kopfschüttelnd ab oder machen abfällige Bemerkungen.

Die Szene spielte sich im Vorfeld der Europawahlen ab, an denen sich die Minipartei der „Objecteurs de croissance“ mit einer Liste beteiligte. Das Resultat entsprach mit 0,04 Prozent im Wahlkreis der Region Paris den sehr bescheidenen Erwartungen. Denn in diesen Rezessionszeiten einer internationalen Wirtschaftskrise ist der Glaube weit verbreitet, der Mangel an Wachstum sei der Grund allen Unglücks.

„Zwar erlaubt es die Krise, zu erklären, dass es mit dem Wachstum unmöglich so weitergehen kann. Die Leute haben aber in

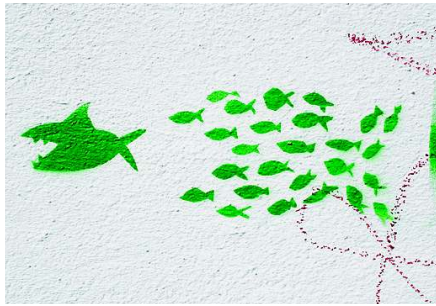
„Die Krise macht uns bewusst, dass wir seit Jahrzehnten mit Lügen gelebt haben“

solchen Perioden erst recht die Tendenz, sich auf ihre individuellen Interessen zurückzuziehen“, meint dazu der Pariser Spitzenkandidat der Wachstumsverweigerer, Jean-Luc Pasquinet. Diesen Widerspruch unterstreicht auch sein Mitstreiter Paul Ariès in einem Interview mit *Libération*: „Einerseits wird in der Krise das Gefühl der ökologischen Dringlichkeit auf später verdrängt, weil die Verteidigung der Kaufkraft und der Arbeitsplätze aktuell ist ... Zugleich aber macht uns die Krise bewusst, dass wir seit Jahrzehnten mit Lügen gelebt haben.“

Mit Vollgas in die Mauer

„Es lebe die Krise!“, ruft dagegen Ökonomieprofessor Serge Latouche, ein Spezialist für Nord-Süd-Beziehungen und Entwicklungsfragen. Er ist einer der bekanntesten Theoretiker der „Décroissance“-Bewegung in Frankreich; er meint sogar, je schlimmer es komme, desto eher würden die Zeitgenossen begreifen, dass wir drauf und dran sind, mit Vollgas in die Mauer zu rasen. Den Verdrängungskünstlern unter seinen Landsleuten rechnet er vor: Auf unserem Planeten gibt es rund 12 Milliarden Hektar nutzbare Fläche, das macht rund 2 Hektar pro Erdbewohner; schon heute beträgt der ökologische Fußabdruck (*empreinte écologique*) den ein Franzose mit seinem Konsum beansprucht, das Dreifache. Wenn also alle auf dem Niveau der Franzosen leben wollten, bräuchten wir drei Planeten wie die Erde. Die Wachstumskritik ist längst mehr als reine Provokation. Die *casseurs de pub*, die Werbungszerstörer, gehen in den Untergrund der Pariser Metro und reißen Plakate ab oder überschreiben sie mit Antikonsumparolen. Andere machen die Wachstumsverweigerung zur Grundlage ihres individuellen Alltags, indem sie die Grundsätze von Reduktion des Energieverbrauchs, Recycling und Relokalisierung mit einer selbst gewählten Bescheidenheit praktizieren.

Eine „glückliche Genügsamkeit“ predigt auch der aus der Sahara stammende Biobauer Pierre



Kredithaie haben hier keine Chance Foto: Saba Laudanna

DECCROISSANTS Frankreichs Wachstumsverweigerer haben sich zusammengeschlossen und treten seit Kurzem auch bei Wahlen an

Vive la Crise!



Das Geld ist weg – na und? Foto: Saba Laudanna

Rabhi. Der mittlerweile 71-jährige stieg in den 1960ern aus dem System aus, um in den Cevennen vom Ertrag des kargen Bodens zu leben, ohne diesen mit Dünger und anderen Chemikalien zu ruinieren. Er ist als internationaler Experte im Kampf gegen die Verwüstung anerkannt. Den gegenwärtigen Fortschrittsglauben bezeichnet dieser autodidaktische Philosoph als „Syndrom der ‚Titanic‘“. Mit seiner humanistisch, pazifistisch und spiritualistisch inspirierten Wirtschafts- und Gesellschaftskritik ist er einer der Pioniere der heutigen Wachstumsgegner.

Die Warnung vor der Begehrtheit der Ressourcen, Rohstoffe und Energievorräte ist nicht neu, wohl aber der radikale, antikapitalistische Ansatz dieser Kritik. Die Decroissants fordern nicht nur einen sorgsameren Umgang mit begrenzten Reserven oder etwas Nachhaltigkeit in der Entwicklung, sondern eine Alternative zu einem System, das so oder so dem Untergang geweiht ist. Das mag erklären, dass die politisch noch recht isolierten Wachstumsgegner bei den radikalen linken Politikern mehr Echo fanden als bei Frankreichs Grünen. Diese sind wie anderswo auch gespalten und vertreten entweder eine Realpolitik der kleinen Schritten mit geteilter Regierungsverantwortung oder eine Strategie der fundamentalen Gesellschaftsveränderung.

Schlicht „Spinner“

Für Daniel Cohn-Bendit, der gegenwärtig bei „Les Verts“ den Ton angibt, sind die radikalen Wachstumskritiker jedenfalls schlicht „Spinner“. Warum? „Man baut keine Partei auf dem Thema der Wachstumsverminderung auf. Décroissance, das ist für die Leute, die sie heute erleiden, wie ein Fluch.“ Yves Cochet, ein anderer Exponent der Partei, wurde dagegen als Vertreter der „Décroissance“-Thesen im Spätsommer zu einem Brainstorming des französischen Arbeitgeberverbands Medef eingeladen. Denn die Idee, dass die BIP-Zunahme nicht ewig das Maß allen Glücks sein wird, beginnt verschiedene Kreise zu interessieren, wie der kürzliche Bericht der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz und Amartya Sen an Präsident Sarkozy zeigte. Die meisten Antiwachstumsaktivisten erwarten davon allerdings nicht viel mehr als „Greenwashing“.

www.ladecroissance.net

GUTE IDEE

Vegi-Tag in Gent

Jeder Donnerstag ist in der belgischen Stadt Gent ein fleischloser Tag. So haben es die Stadtverordneten beschlossen – und so setzen es die Köche in den öffentlichen Kantinen und Schulmensen um. Auch in Restaurants soll zumindest ein vegetarisches Gericht auf der Speisekarte stehen.



Die Idee stammt von der Ethischen Vegetariervereinigung Flandern (EVA), die den Stadtpolitikern den Vegi-Tag Ende des vergangenen Jahres schmackhaft zu machen versuchte. Fast zeitgleich kam der Vorsitzende des Internationalen Klimarats, Rajendra Pachauri, nach Gent und berichtete, dass die weltweite Fleischproduktion für 18 Prozent der klimaschädlichen Gase verantwortlich sei. Der einfachste Beitrag zum Klimaschutz sei Fleischverzicht. Die linksliberale Stadtregierung in Gent reagierte – nicht zuletzt überzeugt durch den Genuss eines vegetarischen Menüs, das der flandrische Starkoch Philippe van den Bulck den Politikern serviert hatte. Auch sonst waren die Voraussetzungen in der 240.000-Einwohner-Stadt günstig: Sie rühmt sich, die größte Dichte vegetarischer Restaurants weltweit zu besitzen. Inzwischen gibt es dort auch Stadtpläne, um Besuchern das Auffinden der 94 fleischlosen Restaurants im Stadtgebiet zu erleichtern. **AJE Foto: ap**

GUTE IDEE

Sauber feiern

Weihnachten: Die Wohnung soll beheizt, der Baum erleuchtet und der Braten gut durch sein. Und Tante Frieda will noch besucht werden. Das alles ergibt durchschnittlich auf 90 Kilogramm Kohlendioxid pro Kopf, hat das Beratungsunternehmen ClimatePartner ausgerechnet. Für seine Geschäftspartner oder Freunde von dieser Last befreien will, kann dort für 2 Euro eine entsprechende Einsparung ordnen. Ausgeglichen werden sollen die Emissionen durch die Beteiligung an einem indischen Windpark. **AJE www.klimafrohe-weihnachten.com**

ANZEIGE

streitraum

Architektur und Vertrauen – Der Streit um das Humboldt-Forum

Nikolaus Hirsch, Hermann Parzinger und Christian von Borries im Gespräch mit Joma Mangold

So 13.12., 12 Uhr

schaubühne berlin

www.schaubuehneberlin.de

Kurfürstendamm 153, Berlin
Tickets 2,50 € | Tel. 8909023
E-Mail: gaestebuchung@stb.de

NORD-SÜD-BRÜCKE Schon 680 Menschen und Organisationen von vier Kontinenten sind Mitglied bei fairPla.net. Ihr Unternehmen baut Klimaschutzprojekte in der ganzen Welt. Der reiche Arzt aus Deutschland und die arme Bäuerin aus Indien haben das gleiche Stimmrecht

Genossinnen schaffen gutes Klima

GENF taz | Zwei Menschen aus dem Münsterland wollten nicht warten, bis PolitikerInnen ihre Lippenbekenntnisse in verbindliche Klimaschutzmaßnahmen umsetzen. Stattdessen gingen Sabine Terhaar und Edgar Boes-Wenner die Sache selbst an. Auf bürgerschaftlicher Ebene tun sie genau das, was die internationale Klimawissenschaft als Lösung für die Weltgemeinschaft fordert. Brücken für den Klimaschutz bauen zwischen den reichen Industrieländern und den ärmeren Regionen der Erde.

Die Brücken schlagen Terhaar und Boes-Wenner mit fairPla.net, der von ihnen initiierten internationalen Genossenschaft für Klima, Energie und Entwicklung. Mitglieder in dem jungen Gemeinschaftsunternehmen sind inzwischen über 680 Menschen und Organisationen aus elf Ländern auf vier Kontinenten. „Die Mitglieder zahlen Genos-

schaftsanteile ein, die wir parallel in Deutschland und in ärmeren Ländern investieren“, erläutert Sabine Terhaar das Prinzip von fairPla.net.

So errichtete das Unternehmen zum Beispiel eine 151-Kilowatt-Solarstromanlage auf einer Schule im westfälischen Münster. Gleichzeitig beteiligte es sich an der Finanzierung eines Dorfenergieprojekts im nordindischen Bihar. Der dortige Partner Desi Power hat ein Biomassekraftwerk gebaut, das nicht nur Strom produziert, sondern auch Arbeitsplätze schaffen soll. Die Dorfanlage sorgt für eine gesicherte Energieversorgung und schafft die Basis für Kleinbetriebe in Landwirtschaft und Handwerk. So können nicht nur Bewässerungspumpen für die Landwirtschaft betrieben werden, sondern auch Reisschäl- und Brikkettiermaschinen, die Brennstoffe liefern. „Insgesamt können wir in der Kombination von Kraftwerk und kleinen Betrieben 30 bis 50 Arbeitsplätze im Dorf schaffen“, erläutert Hari Sharan von Desi Power.

Kommen solche lokalen Wirtschaftskreisläufe in Gang, bringen sie einem Dorf einen echten wirtschaftlichen Gewinn. Zugleich profitiert auch die Welt, weil sich die klimaschädlichen Gase reduzieren. „Immerhin verringert dieses Dorfprojekt die Kohlendioxidemission um 500 Tonnen pro Jahr – das sind nach 15 Jahren ganze 7.500 Tonnen“, rechnet Sharan vor.

Und es gibt weitere Klimaschutzbrücken von fairPla.net.

„Einige reicht von mehreren Wind- und Solarstandorten in Deutschland bis nach Droschnaja, einem Dorf für Tschernobyl-Umsiedler in Weißrussland. Eine andere erstreckt sich bis nach Argentinien, wo im kalten Hochland der Anden Solarheizungen und Solarcocker für Indio-Kindergärten gefördert werden. Auch ein Produktionsbetrieb für angepasste Solar- und Windkrafttechnologie in ländlichen Regionen Afghanistans gehört dazu.“

So verbindet fairPla.net die Förderung Erneuerbarer-Energie-Wirtschaft in Deutschland mit Armutsbekämpfung in ärmeren Regionen der Erde und gemeinschaftlichem globalem Klimaschutz. Den Mitgliedern der Genossenschaft soll aus dem Betrieb der Anlagen auf die Dauer eine Dividende von 2 bis 3 Prozent zufließen.

Zu warten, bis Politiker endlich aktiv werden, dauerte den beiden Initiatoren zu lange

„Das fairPla.net genossenschaftlich organisiert ist, kommt

nicht von ungefähr. „Die Erdatmosphäre ist ein Gemeinschaftsgut aller Menschen, das wir gleichberechtigt und gemeinschaftlich schützen müssen“, beschreibt Edgar Boes-Wenner die Philosophie. Und dazu passt am besten das genossenschaftliche Wirtschaften. „Es garantiert, dass alle Mitglieder die gleichen Rechte haben, egal ob reicher Arzt mit vielen Genossenschaftsanteilen aus Deutschland oder arme Bäuerin aus Indien“, ergänzt Vorstandskollegin Terhaar.

In den Augen der beiden Gründer und Vorstandsmitglieder von fairPla.net steht die Genossenschaft heute dort, wo die Ökostrombewegung in Deutschland vor zehn Jahren begann. Diese konnte das von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz nutzen, um viele Menschen zum Umstieg auf grünen Strom zu bewegen. Genau so kann heu-

te eine wirtschaftlich tragfähige Bewegung für globale Klimagerechtigkeit entstehen. Denn in reicheren verabschieden immer mehr Staaten – auch in den armen Regionen der Erde – Gesetze, die bürgerschaftliches Wirtschaften mit erneuerbaren Energien möglich machen. „Diese Chance wollen wir nutzen und Klimaschutz so praktizieren, wie es die Klimaxperten fordern“, sagt Sabine Terhaar.

Die gemeinsame Hoffnung der beiden Initiatoren: Viele Menschen und Organisationen sollen die Idee eines gerechten Klimaschutzes durch Reich und Arm aufgreifen – auf dass noch viele weitere Klimaschutzbrücken entstehen. **ANDREAS ZUMACH**

■ **Andreas Zumach** ist UNO-Korrespondent der taz in Genf und Mitglied der Genossenschaft fairPla.net www.fairpla.net